

# Europa und der Lebensschutz: Segen oder Fluch?

Am 7. Juni können die Deutschen die von den Parteien aufgestellten Kandidaten für das Europäische Parlament wählen. Für LebensForum hat der fränkische Europaabgeordnete Martin Kastler (CSU) über die Chancen und Risiken des Lebenschutzgedankens im politischen Europa nachgedacht.

Von Martin Kastler, MdEP

Europa« polarisiert die Gemüter. Die einen geraten ins Schwärmen vom historisch einmaligen Friedens- und Zivilisationsprojekt, die anderen sehen in der Europäischen Union die Inkarnation des Bösen an sich. Beide Seiten haben Recht – zum Teil. Europa hat Frieden und Wohlstand gebracht. Dennoch sind die überbordenden Strukturen anfällig für Mittelmäßigkeit und ethischen Relativismus.

Die Lebensschutz-Arbeit in Europa spaltet die Meinungen. Die einen feiern einen »Erfolg« nach dem anderen, die anderen sehen sich am Abgrund – und morgen einen Schritt weiter. Beide Haltungen haben ihre Berechtigung. Der Einsatz für den Schutz des ungeborenen Lebens in der europäischen Politik ist möglich, freilich zu einem hohen Preis.

Wer sich als Wertkonservativer auf eine politische Tätigkeit im Umfeld der europäischen Institutionen einlässt, muss diese Vorgaben akzeptieren. Er sollte weder damit rechnen, stets erfolgreich zu sein, noch damit, zuhause als Sieger für Moral und Ethik gefeiert zu werden.

Der bei vielen Konservativen vorhandene Verdacht des Makels gegenüber den Institutionen wird auch auf die in ihnen tätigen Menschen übertragen, ungeachtet ihrer persönlichen Einstellung. »Wer da mitmacht«, kann dann auch nicht ganz »sauber« sein. Was ist die Schlussfolgerung: Rückzug aus der Fläche, heim in die katholisch-kirchliche Nische in Bayern und im Rheinland oder in die national-protestantische Heimat im Ländle und in Niedersachsen? Für viele Bürgerliche ist das der einzig mögliche Weg, sie konzentrieren sich darauf, selbst integer zu bleiben und stets mit ihrem eigenen Gewissen im Reinen zu sein. Sicher, Politik ist nicht jedermanns Sache und Europapolitik erst recht nicht, aber sie geht jeden

an. »Europa geht alle an«, heißt es pünktlich zur Wahlkampfzeit auf den Europa-Bekenntnis-freudigen Plakaten der Parteien. Es bleibt daher die Frage, wie man sich dazu verhalten will.

on, haben die einzelnen Institutionen in diesem Politikfeld – und welche haben sie nicht? Diese Frage ist für viele Konservative eine sekundäre, spielt im politischen Tagesgeschäft in Straßburg und



Mit Engagement und Freude bei der Arbeit im Plenum: Der Europaabgeordnete Martin Kastler.

Ein Blick auf die Realität gleich zu Beginn lohnt sich. Die erste Frage ist die nach dem Verhältnis der Europa-Politik zur Thematik des Lebensschutzes. Welche Kompetenz hat die Europäische Uni-

vor allem in Brüssel jedoch eine große Rolle. Was sich theologisch, ethisch oder philosophisch nicht hinweg argumentieren lässt, kann vielleicht immer noch über die Geschäftsordnung oder banale Inte-

ressenvertretung einer Institution verhindert werden. Auf dem Parlamentsparkett kommt es selten zum hochphilosophischen Schlagabtausch oder ethischen Grundsatzstreit. Gegner des unbedingten Lebensschutzes offenbaren sich nur ungern als »Menschenfresser« oder »Babykiller«.

### AKTUELLE DISKUSSIONEN MIT BIOETHISCHEM BEZUG

Die aktuellen Diskussionen im Parlament dokumentieren das, so etwa das zur Zeit laufende Mitentscheidungsverfahren über den Bericht des Europaabgeordneten John Bowis. Er trägt den Titel »Ausübung von Patientenrechten in der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung«. Sein Vorschlag zielt darauf ab, die Rechtsprechung des EuGH über das Recht von Patienten, Gesundheitsdienstleistungen in einem anderen Mitgliedstaat in Anspruch zu nehmen, in Gemeinschaftsrecht zu übertragen. Das Hauptziel ist es, einen allgemeinen Rahmen für eine sichere, hochwertige und effiziente grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung in der EU zu schaffen sowie die Mobilität der Patienten und ein hohes Niveau des Gesundheitsschutzes zu gewährleisten, wobei gleichzeitig die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten für die Organisation und Bereitstellung von Gesundheitsdienstleistungen gewahrt bleiben soll. All das sind richtige Ansätze und scheinen vordergründig nichts mit Lebensschutz zu tun zu haben. Doch man täuscht sich: Was etwa, wenn deutsche »Gesundheitstouristen« Leistungen im Ausland in Anspruch nehmen, die nach deutschem Recht verboten wären? Das wäre etwa bei bestimmten Formen der künstlichen Befruchtung oder auch in anderen medizinischen Grenzbereichen der Fall. Dafür käme dann die deutsche Kasse auf, der deutsche Beitragszahler würde also Leistungen finanzieren, die nach nationalem Recht in Deutschland verboten sind.

Ein weiteres Beispiel aus der laufenden Parlamentsarbeit: Der Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit des Europäischen Parlaments strebt mit seinem »Bericht über den Vorschlag für eine Empfehlung des Rates für eine europäische Maßnahme im Bereich seltener Krankheiten (KOM (2008)0726 – C6-0455/2008 – 2008/0218 (CNS))« die Ausrottung dieser Erkrankungen an. Es ist zu begrüßen, dass die EU-Kommission versucht, nationale Bemühungen zu bündeln, um den in Prozentzahlen wenigen, in absoluten Zahlen jedoch zahlreichen, von seltenen Erkran-

kungen betroffenen Menschen zu helfen. Beachtlich ist jedoch, auf welche Weise der Ausschuss dieses Ziel zu erreichen versucht. Im Änderungsantrag 15 wird die Ausmerzungen (»eradication«) seltener Erbkrankheiten durch genetische Beratung der als Überträger der Krankheit fungierenden Eltern und die Auswahl (»selection«) gesunder Embryos durch Präimplantationsdiagnostik gefordert. Auch wenn Letzteres auf freiwilliger Basis geschehen soll und nur dort, wo die nationale Gesetzgebung dem Verfahren nicht entgegensteht, so ist die Empfehlung als solche für jeden Lebensschützer völlig inakzeptabel.

Die Wortwahl der Änderungsvorschläge bringt zum Nachdenken: »Ausmerzungen« und »Selektion« von als »minderwertig« angesehenem Leben betrieben die Nationalsozialisten im Namen einer

Eltern-Vereinigung für anthroposophische Heilpädagogik und Sozialtherapie e.V. etwa vertritt als bundesweite Selbsthilfeorganisation ca. 15.000 Menschen und empfindet die Vorschläge des Ausschusses als »äußerst diskriminierend für alle mit einer genetischen Krankheit oder Behinderung lebenden Menschen«. Der Paritätische Gesamtverband schließt sich dem an, von den bekannten Lebensschutzverbänden ist bisher keine Stellungnahme eingegangen.

Die beiden Beispiele zeigen, dass bioethische Fragen ein Querschnittsthema sind, das trotz weit verbreiteter gegenteiliger Auffassung nicht als »Kompetenz« einzig bei den Nationalstaaten belassen wird. Grundsätzlich gilt es natürlich, dass bioethisch sensible Themen noch von den Mitgliedsländern selbst geregelt werden, so etwa die Frage nach der Forschung



Martin Kastler (CSU) mit dem Präsidenten des Europäischen Parlaments Hans-Gert Pöttering (CDU).

imaginierten »Volksgesundheit«. Dasselbe wird nun auf europäischer Ebene angestrebt. Die Methoden haben sich geändert, das Ziel nicht: Nicht seltene Krankheiten, sondern Menschen mit seltenen Krankheiten werden selektiert und ausgemerzt, und das gleich am Anfang ihres Lebens.

Viele Behindertenverbände protestieren und fordern die Europaabgeordneten auf, gegen die empörenden, ethisch unvertretbaren und gefährlichen Änderungsvorschläge des Ausschusses für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit zu stimmen. Die Bundes-

mit embryonalen Stammzellen. Doch greift die EU politisch ein, wenn sie etwa im 7. Forschungsrahmenprogramm Gelder für genau diese umstrittene Forschung explizit zur Verfügung stellt? Sicher jedenfalls werden Begierlichkeiten geweckt, die so leicht nicht vom nationalen Gesetzgeber abzuwehren sind. Geld regiert die Welt, in diesem Fall trifft die alte Weisheit zu.

Wo liegt die Zuständigkeit? Was sich nach der Standard-Frage des Juristen in der Runde anhört, gehört zum Einmal-eins im europapolitischen Alltag. Es gilt nicht nur, philosophisch und inhaltlich

richtig zu liegen, sondern auch, die geeigneten politischen Techniken anzuwenden. Gelungene Arbeit für den Lebensschutz zeichnet sich dadurch aus, dass sie die verschiedenen Ebenen gleichzeitig zu spielen versteht.

Um sich im Durcheinander oft nur schwierig nachvollziehbarer Detail-Diskussionen nicht zu verlieren, braucht es einen verlässlichen Kompass. Viele Politiker guten Willens meinen, sie könnten Fall zu Fall entscheiden. Doch sie überschätzen sich und ihre ethische Urteilskraft. Gleichzeitig unterschätzen sie den schnelllebigen Politik-Alltag.

### »CHRISTLICHES MENSCHENBILD« ALS ENTSCHEIDUNGSGRUNDLAGE

Das christliche Menschenbild und die christlichen Tugenden waren vielen Politikern in der Geschichte Europas bei Entscheidungsprozessen die bedeutendste Hilfe – und sind es auch heute noch. Doch es ist wichtig, Merkmale dieses »christlichen Menschenbilds«, wie es von vielen immer wieder unbedacht im Mund geführt wird, konkret zu benennen: Dieses Bild vom Menschen erschöpft sich nicht im Willen zur Gerechtigkeit, zur Nächstenliebe und zur Freiheit. Es erkennt diese scheinbar abstrakten Werte für jedes Menschenleben an.

In der christlichen Vorstellung genießt jedes Leben Wertschätzung, gleich, in welchem Entwicklungsstadium es sich befindet. Der Mensch entwickelt sich als Mensch, nicht zum Menschen. Gerechtigkeit und Nächstenliebe müssen einem Embryo genauso gelten wie einem Behinderten, einem erfolgreichen jungen oder einem gebrechlichen alten Menschen. Zu warnen ist hier vor Bestrebungen vor allem auf europäischer Ebene, zwischen Mensch und Person zu unterscheiden. Das christliche Menschenbild lässt keinen Raum für Kompromisse, wenn es um die Anerkennung von Würde oder von Menschenrechten geht.

Die Frage nach dem Beginn des Menschseins kann nicht Entscheidungsgegenstand der politischen Mehrheitslage sein. Der unbedingte Lebensschutz muss bei der Verschmelzung von weiblicher Ei- und männlicher Samenzelle einsetzen. In diesem Moment entsteht ein neuer Mensch – wenn wir ihn nur lassen.

Doch konsequenter Schutz des Lebens endet nicht nach der Geburt, sondern achtet auf seine Entfaltung im natürlichen Lebensraum. Nirgendwo ist das Kind in Europa statistisch so unsicher wie im Mutterleib – und nirgendwo so sicher wie in einer intakten Familie. Aktive Famili-

enförderung ist in diesem Sinne langfristig angelegter Lebensschutz. Es ist ein Armutszeugnis, wenn erst der demographische Negativwandel und die wachsende Unsicherheit des Zusammenhalts unserer Gesellschaft uns zum Handeln bewegen. Das Geschenk des menschlichen Lebens selbst stellt uns vor die Verantwortung, unsere Zukunft zu bejahen und zu gestalten.

Zweifellos: Die Zeit der Schwangerschaft stellt die Frau, den Mann und ihre Beziehung auf die Probe. Unsicherheit und Angst bestimmen in dieser Situation nicht selten das Leben der Betroffenen. Es ist daher umso wichtiger, dass wir in den europäischen Gesellschaften die Wertschätzung für das Leben hochhalten. Kinder bedeuten Zukunft.

Die Politik muss jungen Menschen Mut machen, ihre Zukunft in die Hand zu nehmen und zu gestalten. Nach allen Umfragen gehört dazu nichts so sehr wie der Wunsch, eine lebenslange Partnerschaft und eine eigene Familie zu begründen. Die Menschen sind nicht für die Politik da, aber die Politik für die Menschen. Von unideologischer Aufklärung über die Ermunterung zur Familiengründung, Kinderförderung, Leistungsausgleich in finanzieller Form bis hin zur Elternbildung und Schaffung von familienfreundlichen Lebensumständen: Wir müssen in Europa eine Kultur des Lebens schaffen. Europa sollte ein eigenes Interesse an seiner Zukunft haben. Es soll eine menschliche Zukunft sein.

Unsere Zukunft bedeutet uns so viel, wie unsere Kinder uns das Verschenken unserer Gegenwart wert ist. Das mag abstrakt klingen: Im unbedingten Schutz des menschlichen Lebens wird es ganz konkret. Europa braucht nicht nur eine Wissens-, Informations- oder Leistungsgesellschaft. Es braucht eine menschliche Gesellschaft, geprägt von Solidarität und Bereitschaft für das Abenteuer Leben, das Abenteuer Familie, das Abenteuer der Zukunft. Dafür steht der Fortschritt in der europäischen Geschichte.

Viele Ereignisse und Entwicklungen in der Geschichte haben uns gezeigt, wohin wir kommen, wenn Menschen sich dazu ermächtigen, über das Lebensrecht anderer Menschen zu entscheiden. Die nachkommenden Generationen trugen in sich stets die Sehnsucht nach einer besseren, menschlicheren Zukunft. Oft haben sie ihre Eltern gefragt: »Wie war das möglich, warum habt ihr nichts dagegen getan?« Alle notwendigen wissenschaftlichen Erkenntnisse und die statistischen Zahlen der letzten – nicht selten von Individualismus und Materialismus

geprägten – Jahrzehnte liegen auf dem Tisch. Es ist an uns zu entscheiden, welche Gesellschaft wir wollen.

### EUROPA IST WEDER DRACHE NOCH DRACHENTÖTER

Für die Gesellschaft von Morgen tragen wir alle Verantwortung – schon heute. Europa ist dabei eine Dimension, die wir in unserem politischen Denken und Tun nicht einfach ausblenden dürfen. Über 70 Prozent der Gesetze in Deutschland wurden zuvor im Europäischen Parlament verhandelt. Nicht selten fallen darunter auch rechtliche Detailregelungen von großer bioethischer Signalwirkung.

Daher darf die europapolitische Arena nicht anderen Kräften überlassen werden. Viele Konservative fragen: Warum müssen wir unser Menschen- und Familienbild in Brüssel verteidigen? Weil auch und gerade auf europäischer Ebene die entscheidenden Begriffe in der Debatte über das Lebensrecht Ungeborener und über die Freiheit für unsere Familien geprägt werden. Viele Sozialdemokraten und Sozialisten, aber auch Christdemokraten stellen das Lebensrecht Ungeborener in Frage. Sie stellen die Ehe von Mann und Frau als Zufallsprodukt der Menschheitsgeschichte dar. Für sie ist die Familie als Einheit von Eltern und Kindern nicht mehr der »Normalfall«. Für sie gibt es keine naturgegebene Wahrheit. Für sie ist alles relativ. Für sie entscheidet die politische Mehrheit. Wertkonservative sehen das anders. Sie wissen um das Geschenk des Lebens, den Segen der Geburt eines Kindes, um die Geborgenheit in der Familie. Sie glauben an unsere Familien. Aus Erfahrung. Diese Erfahrung müssen sie jedoch dort vertreten, wo man leider oft das Gegenteil erleben kann: In Straßburg und Brüssel.

Nach über 50 Jahren Europäischer Union und über 30 Jahren Europaparlament wissen Wertkonservative, dass von Europa nicht das Heil zu erwarten ist. Politische Ideologien werden von oben nach unten verbreitet, die gemeinsame Politik in der Europäischen Union kann da entgegen ihrem ursprünglichen subsidiären Selbstverständnis fatale Implikationen haben. »Yes, we can«-Parolen sind da fehl am Platze.

Es lohnt sich also, mit Nüchternheit und Pragmatismus dagegenzuhalten. Aber mehr noch, dazu beizutragen, dass die eigene Vorstellung wahr wird von einem Europa, das die Zukunft nicht nur in monetären oder wirtschaftlichen Dimensionen denkt, sondern vor allem eines als Zukunftsziel anstrebt: Menschlichkeit.